

14.55

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Dipl.-Ing. Andrä Rupprechter: Sehr geehrter Vorsitzender! Hohes Haus! Zu diesen drei Tagesordnungspunkten betreffend die österreichische Anti-Atom-Politik kann ich nur feststellen, dass Sie in mir einen klaren Verfechter der Anti-Atom-Politik haben.

Bereits als Schülervertreter der Österreichischen Schülerunion habe ich 1978 am Anti-Zwentendorf-Volksbegehren teilgenommen, aktiv gewirkt und seitdem meine diesbezügliche Einschätzung nicht geändert.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir hier im Hohen Haus – das zeigt ja auch die Berichterstattung aus dem Umweltausschuss – einen sehr breiten nationalen Grundkonsens haben, der die Haltung der österreichischen Bundesregierung in dieser Frage nachdrücklich stärkt.

Es ist richtig, was Herr Abgeordneter Köchl sagt, gerade in diesen Tagen ist es so wichtig, dem Argument entgegenzutreten, dass Atompolitik oder die Nuklearenergie eigentlich eine klimafreundliche Energieform wäre. Und es kommt auf europäischer Ebene wieder zu einer Renaissance der Nuklearenergie, was nach den Ereignissen in Tschernobyl vor 30 Jahren oder in Fukushima vor 5 Jahren schockierend ist

Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter Köchl, auch Ihre Fraktionskollegen in Schweden beispielsweise nachdrücklich zu informieren. Denn es hat mich schon einigermaßen erstaunt, dass vor wenigen Wochen Ihre Fraktionskollegen in Schweden mitgestimmt haben, dass für zehn neue Atomkraftwerke die Weichen gestellt worden sind; mit Zustimmung der grünen Energieministerin, mit Zustimmung der grünen Umweltministerin. (*Abg. Walter Rauch: Ein Wahnsinn! – Ruf bei der ÖVP: Ein Wahnsinn!*) Das ist wirklich eine schockierende Entwicklung, und ich ersuche Sie darum, gemeinsam dagegen vorzugehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es darf nicht zu einer Renaissance der Nuklearenergie unter dem Deckmantel der Klimaschutzpolitik in Europa kommen! Atomenergie ist eine Hochrisikotechnologie, die auf Generationen hinaus die Nachkommen belastet und daher eben keine nachhaltige Energieform ist.

Nun zu den einzelnen Anträgen. – Es wurde schon viel in den Debattenbeiträgen gesagt. Zur Laufzeitveränderung: Selbstverständlich lehnen wir grundsätzlich Laufzeitveränderungen ab. Dort, wo sie stattfinden, treten wir mit Nachdruck dafür ein, dass es zumindest eine Behandlung nach der Umweltverträglichkeitsprüfung gibt und eine UVP-Prüfung nach dem Espoo-Abkommen, also grenzüberschreitend. In Paks ist

das geschehen, und wir haben auch positive Signale, dass es zumindest im Zusammenhang mit einer Laufzeitverlängerung für Krško auch eine UVP geben wird, die grenzüberschreitend ist. Die könnte, so wie es aussieht, im Jahr 2020 beginnen. Wir werden uns selbstverständlich voll und ganz hier einbringen.

Auch müssen wir nachdrücklich der Förderung der Kernenergie entgegenreten. Wir brauchen keine neuen Investitionen. Wir brauchen keine staatlichen Beihilfen für Kernkraftwerke, sondern wir brauchen Förderungen, Forschung und Innovation im Bereich der Energiewende – hin zu den neuen erneuerbaren Energieformen. Da bin ich voll und ganz bei Ihnen, Herr Abgeordneter Rauch. Das ist die Energiezukunft: die erneuerbaren Energieträger. *(Präsident Hofer übernimmt den Vorsitz.)*

Genau in diese Richtung geht unser Energiewendeprotokoll, das wir auf europäischer Ebene eingebracht haben. Und es zeigen sich auch schon erste Früchte. Wenn ich darauf hinweisen darf: Beim Energieministerrat in Luxemburg am 6. Juni haben Luxemburg, Deutschland, Griechenland und Österreich eine gemeinsame schriftliche Erklärung abgegeben, dass der Einsatz von Mitteln der Europäischen Union für Vorhaben im Bereich der Kernenergie strikt abzulehnen ist.

Wenn wir auf europäischer Ebene irgendeinen Exit brauchen, dann ist es das Phasing Out aus dem Atomvertrag, aus dem EURATOM-Vertrag. Dafür werde ich mich einsetzen. Mit gemeinsamer Anstrengung auf europäischer Ebene sollte uns das auch gelingen.

Die Frage der seismologischen Gefährdung ist tatsächlich sehr komplex. Frau Abgeordnete Diesner-Wais hat das sehr ausführlich dargestellt. Österreich befasst sich seit 25 Jahren intensiv damit. Gerade in der Frage der Erdbebensicherheit gibt es auch neue Erkenntnisse, darauf hat die Frau Abgeordnete auch hingewiesen. Es gibt tatsächlich neueste geologische Erkenntnisse, dass die ursprünglich als inaktiv eingeschätzte Libna-Verwerfung in der Zukunft schwere Erdbeben verursachen könnte. Wir sind zuversichtlich, dass diese neuen Erkenntnisse auch dem bilateralen Nuklearinformationsabkommen mit Slowenien zugrunde gelegt werden. Dafür werden wir uns natürlich nachdrücklich einsetzen.

In diesem Sinne freue ich mich darüber, dass mit den einstimmigen Beschlüssen über die Entschließungen, die aus dem Umweltausschuss kommen, die konsequente Anti-Atom-Politik, der österreichische Weg, mit Nachdruck fortgesetzt werden kann. – Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

15.01

Präsident Ing. Norbert Hofer: Besten Dank, Herr Bundesminister.

Zu Wort gelangt nun Herr Abgeordneter Doppler. – Bitte, Herr Abgeordneter.